

Stellungnahme zum Entwurf eines Sexualstrafäterdateigesetzes (BMI-LR1315/0023-III/1/2008)

Nach den Erläuterungen des gegenständlichen Begutachtungsentwurfes soll das vorgeschlagene Sexualstrafätergesetz dem Schutz vor sexueller Gewalt dienen. Dieses grundsätzliche Anliegen ist selbstverständlich zu befürworten. Zu den konkret vorgeschlagenen Änderungen des Strafregistergesetzes ist jedoch nicht zu erkennen, in welcher Weise sie dieses Anliegen wirksam unterstützen könnten, weshalb die damit verbundenen Eingriffe in Persönlichkeitsrechte nicht gerechtfertigt erscheinen. Die bereits in der geltenden Rechtslage enthaltenen Bestimmungen ergänzt um jene, die im Entwurf eines 2. Gewaltschutzgesetzes vorgeschlagen wurden, sind ausreichende Grundlagen für wirksame Prävention im Rahmen des Strafrechtes. Abgesehen davon ist auch zu kritisieren, dass der gegenständliche Begutachtungsentwurf – im Gegensatz zum Entwurf eines 2. Gewaltschutzgesetzes – keine Differenzierung in Bezug auf die Gefährlichkeit vorsieht. Die einzelnen Straftatbestände im 10. Abschnitt des Strafgesetzbuches (§§ 201 bis 220a StGB) weisen unterschiedlich gewichtige Unwertgehalte auf. Außerdem kann auch jeder Tatbestand in unterschiedlichen Konstellationen begangen werden, die keine generelle Gefährdungsprognose zulassen. So werden beispielsweise Verbrechen nach §§ 206 oder 207 StGB genauso in einer einvernehmlichen Sexualbeziehung von Minderjährigen, die die Alterstoleranzgrenzen geringfügig überschreiten, begangen, wie in Formen, die das Opfer gravierend und möglicher Weise dauerhaft beeinträchtigen.

Im Detail wird zu den einzelnen Vorschlägen des Begutachtungsentwurfes folgende Stellungnahme abgegeben:

↳ Spezielle Kennzeichnung und Verknüpfung

Auch derzeit sehen alle Abfrageberechtigten in einer Strafregisterauskunft, ob jemand wegen einer strafbaren Handlung gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung rechtskräftig verurteilt wurde. Eine spezielle Kennzeichnung würde daher für Einzelabfragen keinen zusätzlichen Informationswert haben und wäre nur für die Möglichkeit von Verknüpfungen bedeutsam.

Im Rahmen eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens ist ganz allgemein ein Datenabgleich unter den Voraussetzungen der §§ 141 ff StPO zulässig. Eine Voraussetzung für die Zulässigkeit ist eine Anordnung durch die Staatsanwaltschaft auf Grund einer gerichtlichen Bewilligung. Es ist nicht ersichtlich, warum diese allgemeinen Zulässigkeitsvoraussetzungen durchbrochen werden sollen; auch die Erläuterungen enthalten dazu keine Erklärung.

Außerhalb eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens wären Verknüpfungen nur als sicherheitspolizeiliche Präventionsinstrumente denkbar. Auch dazu wird in den Erläuterungen kein konkreter Zweck dargestellt, der dies erfordern würde. Die Notwendigkeit der in § 2a Abs. 5 Strafregistergesetz vorgeschlagenen Möglichkeit einer Verknüpfung mit Daten des Zentralen Melderegisters (ZMR) samt Information an die für einen neuen Wohnsitz zuständige Sicherheitsbehörde wird in den Erläuterungen mit der geplanten gerichtlichen Aufsicht (Entwurf 2. Gewaltschutzgesetz; § 52a StGB) begründet. Auch für diesen Zweck ist nicht erkennbar, wofür eine Verknüpfung erforderlich wäre, da sich eine gerichtliche Aufsicht immer auf einen bestimmten Menschen beziehen soll, zu dem jederzeit auch ohne Verknüpfung die jeweils aktuellen Daten aus dem ZMR abgefragt werden können.

↳ Sexuell motivierte Gewalttaten

Die bereits im Entwurf eines 2. Gewaltschutzgesetzes zu § 52a Abs. 1 Z 2 StGB vorgeschlagene Qualifikation „um sich geschlechtlich zu erregen oder zu befriedigen“ ist kein für einen Straftatbestand maßgebliches Kriterium und daher regelmäßig nicht aus den Urteilsprüchen ableitbar. Eine entsprechende Zuordnung könnte ein Verurteilter daher nicht wirksam mit einem Rechtsmittel bekämpfen, weshalb eine Verarbeitung im Strafregister rechtsstaatlich bedenklich wäre.

↳ Spezielle Abfrageberechtigungen

Zu befürworten ist, dass die mit den Aufgaben der Jugendwohlfahrt betrauten Behörden die Möglichkeit einer vollen Auskunft aus dem Strafregister darüber erhalten, ob eine bestimmte Person wegen eines Sexualdeliktes rechtskräftig verurteilt wurde, wenn diese Information wesentliche Voraussetzung für eine eigene amtliche Tätigkeit ist. Dies ist jedoch bereits im Entwurf für ein 2. Gewaltschutzgesetz berücksichtigt.

Bewährungshelfer erhalten regelmäßig von dem Gericht, das die Bewährungshilfe angeordnet hat, eine Aktenkopie, die auch einen Strafregisterauszug enthält, sodass eine eigene Abfragemöglichkeit nicht generell erforderlich wäre, sondern nur in Einzelfällen eine etwas erleichterte Informationsbeschaffung ermöglichen würde.

↳ Verlängerte Lösungsfrist

Die in § 3 Tilgungsgesetz geregelten Tilgungsfristen sehen sehr lange Zeiträume zwischen Strafvollzug und Tilgung vor (z.B.: 10 Jahre bei Freiheitsstrafen zwischen 1 und 3 Jahren), die nur anzuwenden sind, wenn es in dieser Zeit zu keinem Rückfall kommt. Jede (auch nicht einschlägige) Folgeverurteilung bewirkt nach § 4 Tilgungsgesetz eine bedeutsame Verlängerung der Tilgungsfrist. Für Verurteilungen wegen Sexualstraftaten wurden außerdem im Rahmen des 2. Gewaltschutzgesetzes weitere Verlängerungsmöglichkeiten vorgeschlagen (neuer § 4a Tilgungsgesetz). Eine Notwendigkeit darüber hinaus auch noch die Lösungsfristen in § 12 Strafregistergesetz zu verlängern, kann nicht erkannt werden.

Außerdem wäre der gegenständliche Vorschlag eines neuen § 12 Abs. 2 Strafregistergesetz insoweit systemwidrig, als er Abfragemöglichkeiten zu bereits getilgten Strafregisterdaten eröffnen würde.

2. Juli 2008

Mag. (FH) Wolfgang Hermann
Geschäftsführer

NEUSTART – Bewährungshilfe, Konfliktregelung, Soziale Arbeit